

Während die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland in den kommenden 16 Jahren um rund 50 Prozent zunehmen wird, werden 2030 rund eine halbe Million Vollzeitstellen in der Pflege unbesetzt bleiben. Das prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung in ihrem heute vorgestellten „Pflegerreport 2030“.

Für die einzelnen Bundesländer und Kommunen stelle sich die Situation dabei allerdings sehr unterschiedlich dar: Während Modellrechnungen für den Stadtstaat Bremen eine Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen um 28 Prozent ergeben, liegen die kalkulierten Wachstumsraten für Mecklenburg-Vorpommern mit 56 Prozent und Brandenburg mit 72 Prozent um ein Vielfaches höher.

Um die drohenden Versorgungslücken zu berechnen, haben die Autoren des Reports den erwarteten Personalbedarf in Beziehung zum erwarteten Personalangebot gesetzt. Auf dieser Grundlage könnten die Kommunen nun differenzierter planen, um den Herausforderungen zu begegnen.

„Der drohende Pflegenotstand ist längst bekannt; die Reaktionen reichen jedoch von schlichter Panikmache bis hin zur Vogel-Strauß-Haltung. Wir wollen weder das eine noch das andere, sondern mit dem Pflegerreport Bevölkerung und Politik auf die vor uns liegende Wegstrecke für eine nachhaltige und sozial gerechte Bewältigung der künftigen Pflegebedarfe vorbereiten“, sagte Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung heute in Gütersloh.

Künftig würden die notwendigen Leistungen nicht mehr von professionellen Kräften allein zu erbringen sein. Daher sei es notwendig, bei der Verwirklichung bedarfsgerechter Pflegekonzepte auf die Vernetzung aller verantwortlichen Personen und Institutionen zu achten, von der Stadtplanung über Wohnungsbaugesellschaften, Pflegekassen bis hin zu Leistungsanbietern.

Mit dem Report wolle die Stiftung „Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes-, aber vor allem auf kommunaler Ebene ermutigen, den Kopf auch bei düsteren Prognosen nicht in den Sand zu stecken, sondern die Zeit bis 2030 zu nutzen, um dem Pflegenotstand in der eigenen Region zu begegnen“, so Mohn.

Kommunen können sich auf der eigens eingerichteten Webseite einen Überblick über die prognostizierte Entwicklung in ihrem Kreis oder ihrer kreisfreien Stadt verschaffen.

